**Ressort: Politik**

# EU-Sanktionen gegen Russland waren ein amerikanisches Diktat

**EU wurde von den USA gezwungen**

EU-USA, 14.10.2014, 06:52 Uhr

**GDN -** Erstmals haben die USA öffentlich zugegeben, die EU zu Sanktionen gegen Russland gezwungen zu haben. Der US-Vizepräsident Joe Biden gab in einer Rede zu, dass Obama höchstpersönlich darauf bestanden habe. Zudem musste die EU einen wirtschaftlichen Schaden in Kauf nehmen.

Wenn man sich die aktuellen Enthüllungen der US-Regierung näher betrachtet, sieht man sehr deutlich, dass die USA die EU schon längst in ihrer "Gewalt" haben. Anders kann man sich nämlich nicht erklären, dass die USA jetzt die EU demütigen indem sie öffentlich zugegeben, dass die EU-Staaten von ihnen zu den Sanktionen gegen Russland gezwungen wurden.

Biden sagte bei seiner Rede an der Kennedy School of Government an der Universität Harvard wörtlich: "Wir haben Putin vor die einfache Wahl gestellt: Respektieren Sie die Souveränität der Ukraine oder Sie werden sich steigender Konsequenzen gegenübersehen. Dadurch waren wir in der Lage, die größeren der entwickelten Staaten dazu zu bringen, dass Russland zahlen werde müssen.

Es ist wahr, dass sie das nicht tun wollten. Aber wiederum war es die Führungsrolle Amerikas und die Tatsache, dass der Präsident der Vereinigten Staaten darauf bestanden hat - ja Europa des Öfteren fast sagen musste, dass ihre Haltung eine Schande sei - sich zu erheben und wirtschaftliche Nachteile einzustecken, um dafür zu sorgen, dass die Russen dafür bezahlen müssen. Und die Folgen waren eine massive Kapitalflucht aus Russland, ein regelrechtes Einfrieren von ausländischen Direktinvestitionen, der Rubel auf einem historischen Tiefststand gegenüber dem Dollar, und die russische Wirtschaft an der Kippe zu einer Rezession."

Die US-Politik gegen Russland hat anscheinend erfolgreich funktioniert, denn in den letzten Monaten hat der Rubel massiv an Wert verloren. Deswegen musste jetzt die russische Notenbank in zehn Tagen ganze sechs Milliarden Dollar einsetzen, um die russische Währung zu stützen. Doch die Anti-Russlandpolitik schadet nicht nur Russland und der EU sondern auch der Ukraine. Den Amerikanern ist anscheinend jedes Mittel recht, um ihre eigenen Ziele zu erreichen.

Sahra Wagenknecht, DIE LINKE, erklärte schon im September 2014 über Abstimmung des Freihandelsabkommens der EU mit der Ukraine im Europäischen Parlament folgendes: "Dieses Freihandelsabkommen zerreißt die Ukraine und spitzt den Konflikt mit Russland weiter zu. Es wird massenhaft Arbeitsplätze vernichten und die Armut in der Ukraine weiter verschärfen. Außerdem ist es zutiefst undemokratisch, derart weitreichende Entscheidungen noch vor den Wahlen in der Ukraine inmitten eines Bürgerkriegs beschließen zu lassen. Eine Politik der Deeskalation sieht anders aus."

Wagenknecht erklärte weiter: "Der Streit über das EU-Freihandelsabkommen, das auch eine militärische Komponente enthält, hat die Ukraine in den Bürgerkrieg geführt. Der Verzicht auf ein solches Abkommen wäre ein wichtiger Schritt zur Wiederherstellung des Friedens. Statt auf eine rasche Unterzeichnung im Deutschen Bundestag zu drängen, sollte sich die Bundesregierung einer Ratifizierung des Abkommens verweigern."

**Bericht online:**
https://www.germandailynews.com/bericht-42717/eu-sanktionen-gegen-russland-waren-ein-amerikanisches-diktat.html

**Redaktion und Veranwortlichkeit:**
V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV: Roland Kreisel

**Haftungsausschluss:**
Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich. Roland Kreisel

**Editorial program service of General News Agency:**
United Press Association, Inc.
3651 Lindell Road, Suite D168
Las Vegas, NV 89103, USA
(702) 943.0321 Local
(702) 943.0233 Facsimile
info@unitedpressassociation.org
info@gna24.com
www.gna24.com